

αλληλεγγύη
για όλους!

Solidarität für Alle!

www.solidarity4all.gr

E-Mail: international@solidarity4all.gr

Solidarität ist die Macht der Völker!
für eine internationale Solidaritätskampagne
mit der griechische Bevölkerung



“Seit nunmehr 35 Jahren beschäftige ich mich mit Fragen der Auslandsverschuldung und ich kann euch mitteilen, dass ich bisher noch nie eine Volkswirtschaft in so einem Ausmaß, über eine so lange Zeitspanne hinweg schrumpfen sah... in einer demokratischen Gesellschaft kann ein so großer Rückgang jedoch unmöglich noch lange weitergehen“.

Charles Dalara, Repräsentant des IIF (International Finance Institute) in einem Interview mit dem National Service der “Voice of America”, 7. Dezember 2012

“Vier Jahre nach Beginn der großen Krise, welche derzeit die westlichen Volkswirtschaften erschüttert, hat Olivier Blanchard - einer der bedeutendsten Ökonomen der Welt und Manager der Forschungsabteilung des IWF – eine Studie veröffentlicht, in der er eingesteht, dass der IWF und mit ihm sämtliche Machthaber Europas, die Wirtschaftsminister der Kommission und der Europäischen Zentralbank, einen erheblichen Fehler in ihren Berechnungen machten. Sie unterschätzten die katastrophalen Konsequenzen der Austeritätspolitik, welche sie den extrem verschuldeten Ländern aufgedrängt haben.“

Arnaud Bouillan & Laurent Neumann, in der Zeitschrift MARIANNE, 18. Januar 2013

Liebe Freundinnen und Freunde,

selbst die Repräsentanten der Gläubiger Griechenlands, sowohl des privaten Sektors (z.B. des internationalen Bankensystems) als auch des IWF, gestehen das einmalige soziale Desaster und die große Gefahr für die Demokratie ein, die die aneinander gereihten und falschen „Schock-Therapien“ für Griechenland produziert haben. Ginge es nach ihnen, wäre jede weitere Beschreibung der sozialen und humanitären Krise, welche sich in unserem Land mit hoher Geschwindigkeit zuspitzt, überflüssig.

Dennoch wenden wir uns an Euch und die internationale Öffentlichkeit, um euch von unserem Standpunkt aus zu informieren, das heißt vom Standpunkt derjenigen, die dem sozialen Kahlschlag des Memorandums Widerstand entgegenzusetzen. Dabei ist es unser Anliegen, nicht nur um vom Ausmaß des Desaster zu berichten, sondern von den verschiedenen Aktivitäten der sozialen Solidarität, die von der griechischen Bevölkerung entwickelt wurden. Diese sind ein integraler Bestandteil des Kampfes für ein Ende der Austeritätspolitik und des Regimes der Notlage, die uns von der Troika und den verschiedenen Regierungen der letzten Jahre aufgezwungen wurden.

Diese haben unser Land in ein einmaliges Übungsfeld sozialer Experimente verwandelt, mit dem Ziel, diese nach und nach (mindestens) auf die restlichen Länder der EU auszudehnen,

um die systemische Krise zu überwinden. In diesem Experimentierfeld werden nun innerhalb der EU Maßnahmen eingesetzt, welche bisher schon vom reichen Norden und den kapitalistischen Zentren dem armen Süden und den Peripherien der Welt aufgezwungen wurden.

Unserer Meinung nach sind diese Experimente und die Kämpfe der griechischen Bevölkerung (genauso wie jeder anderen) nichts anderes als ein Teil unseres gemeinsamen Kampfes gegen den sozialen Kahlschlag und die Barbarei der Austeritätspakete, die überall gegen die ArbeiterInnen und Jugendlichen, RentnerInnen, Frauen, KleinunternehmerInnen, die unteren Mittelschicht, KleinbaurInnen und ImmigrantInnen vorangebracht werden. Wir betrachten Solidarität und gegenseitige Hilfe zwischen uns als Grundvoraussetzung für jede Gesellschaft, um zumindest auf eigenen Füßen zu stehen. Auf eigenen Füßen zu stehen, um aufstehen zu können und gegen die Ursachen und Konsequenzen der Krise zu kämpfen, Widerstand gegen die Auflösung des Sozialstaates zu leisten, gegen die Zerstörung der Rechte der Beschäftigten und den Abbau politischer Rechte, von Rechten also, die während des gesamten letzten Jahrhunderts und länger erkämpft wurden.

Während die Solidaritätsbewegung daran arbeitet, das Überleben zu sichern, versucht sie gleichzeitig eine andere Zukunft aufzubauen – **einen alternativen Vorschlag für eine andere Gesellschaft.**

Die Entwicklung neuer Formen der Selbstorganisation durch Strukturen der sozialen Solidarität, welche überall in den verschiedensten Formen aus dem Boden sprießen, bilden die Grundlagen eines neuen Paradigmas, welches nicht nur einen Weg aus der Krise im Interesse der Bevölkerung bietet, sondern auch eine andere Form der Organisation hin zu einer tiefgreifenden radikalen und demokratischen gesellschaftlichen Veränderung. Wir halten es für einen wichtigen Beitrag zu unserem gemeinsamen Kampf, diese Erfahrungen mit euch zu teilen. Die gegen uns gerichtete Offensive ist immens, denn wie ein zentraler Slogan der Solidaritätsbewegung in un-

serem Lande sagt: „Wir können keinen einzigen Menschen im Kampf gegen die Krise allein lassen!“

Wir richten uns hiermit an **alle sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Gruppen und Organisationen, an alle Zusammenhänge, auch an Freundeskreise und Individuen, um euch über die tragischen Auswirkungen des Memorandums aber auch über die Solidaritätsbewegung zu informieren. Dabei wollen wir euch einladen, euch an der Bildung einer internationalen Solidaritätskampagne für Griechenland zu beteiligen, euch einzubringen und aktiv zu werden** und spezifische Aktionen zu unterstützen.

4 Jahre Memoranden – 4 Jahre gesellschaftliche Zerstörung

Oder, wie ein europäisches Land zu einem Land der Dritten Welt gemacht werden kann

Das Ausmaß des sozialen Desasters der letzten Jahre, hervorgerufen durch die aufeinander folgenden Austeritätsmaßnahmen, hat zu einer Auflösung auch der letzten wohlfahrtsstaatlichen Elemente geführt, so dass die Situation die in Griechenland derzeit herrscht, von vielen wahrheitsgemäß als mit der Dritten Welt vergleichbar beschrieben wird.

ARBEITSLOSIGKEIT

Die Arbeitslosigkeit in unserem Land ist auf ein erschreckend hohes Niveau gestiegen, welches **nur mit historischen Ausnahmesituationen wie Kriegszeiten oder anderen katastrophalen Zuständen vergleichbar ist**. Laut offiziellen Daten¹, die zudem einen erheblichen Teil der Realität verstecken, hat sich die Arbeitslosigkeit zwischen 2009 und 2012 fast verdreifacht. 2009 waren 9,5% der Griechen und Griechinnen als arbeitslos gemeldet, 2010 stieg diese Zahl auf 12,5%, 2011 waren es bereits 17,7%. Im Oktober 2012 schoss die offizielle Arbeitslosenrate auf 26,8 %. Die offizielle Arbeitslosenquote stieg im Zeitraum September 2011 (18,9%) bis September 2012 (26%) um 38% an, wobei im September 2012 in absoluten Zahlen **1.295.203** GriechInnen ohne Arbeit waren. Im Laufe eines einzigen Jahres haben 356.495 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren und



1. "Έρευνα Εισοδήματος και Συνθηκών Διαβίωσης των Νοικοκυριών" (auf Basis der Einkommen von 2010), ΕΛΣΤΑΤ, November 2012, http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/PAGE-livingcond/content/LivingConditionsInGreece_1112.pdf sowie "Social aspects of the Greek Drama and the struggle for a way out", 14. Januar 2013, in http://international.koel.gr/index.php?option=com_content&view=article&id=178:social-aspects-of-the-greek-drama-and-the-struggle-for-a-way-out-1412013&catid=17:against-imf-eu&Itemid=13

60.000 Unternehmen mussten krisenbedingt schließen². Monat für Monat verlieren etwa 30.000 Menschen ihren Arbeitsplatz. Von den zahlreichen Arbeitslosen erhalten lediglich 200.000 eine klägliche Arbeitslosenunterstützung (zwischen 180 – 468 €), für einen Zeitraum von 5 bis 12 Monaten. Laut einer Studie der „Hellenic Confederation of Professionals – Craftsman & Marchants“ (GSEVEE) ist in „beinahe 40%“ der Haushalte zumindest eine Person arbeitslos³. Der IWF prognostiziert einerseits einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in Griechenland, andererseits fordert dieser die Entlassung von weiteren 27.000 griechischen BeamtenInnen für das Jahr 2013⁴.

JUGEND – LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT – AUSWANDERUNG

Die Jugendlichen sind das größte Opfer von Krise und Rezession. Die Arbeitslosigkeit junger Menschen bis zu 25 Jahren ist mit 56,4% jetzt die höchste in der EU, während die Arbeitslosenrate der Frauen bei 30,1% liegt. Nach einem Bericht der EU stieg die Gefahr von Armut und sozialem Ausschluss unter Jugendlichen im Zeitraum 2008-11 um 6-7%. Gemeinsam mit Spanien, das ebenfalls unter massenhafter Jugendarbeitslosigkeit leidet, ist dies der höchste Prozentsatz innerhalb der EU⁵.

Da der Anteil an **Langzeitarbeitslosen** (länger als 12 Monate) nach Angaben der gleichen Untersuchung in Griechenland bei 80% liegt, erscheint es vielen arbeitslosen jungen Menschen, aber auch solchen die Arbeit haben, vernünftig, außerhalb des Landes nach Arbeit zu suchen. Eine Untersuchung von ADECCO⁶ zeigt, dass 49% der Befragten, von denen 30% länger als 2 Jahre arbeitslos waren, proaktiv nach Arbeit im Ausland suchen, während 3% bereits ein Angebot angenommen hatten. Gleichzeitig gab mehr als die Hälfte der Befragten (53%) an, dass sie sich entschieden haben, Griechenland zu verlassen, sobald sie eine Stelle in einem anderen Land finden. Die Untersuchung unterstreicht die Stärke der Tendenz unter jungen Menschen, also der dynamischsten und produktivsten Bevölkerungsgruppe, als direktes Ergebnis der durch die Anwendung der Memoranden verursachten Rezession, Griechenland zu verlassen.



2. Savvas Robolis, "Όρα για εσωτερική ανασυγκρότηση: Τα λάθη της Τρόικας και οι προϋποθέσεις της αναγκαίας ανάπτυξης", Zeitung Ta Néa, 26. April 2012.

3. IME ΓΣΕΒΕΕ, Studie «Εισόδημα - Δαπάνες Νοικοκυριών» 07.Februar 2013, http://www.gsevee.gr/index.php?option=com_content&view=article&id=249:2013-02-07-09-33-09&catid=56:meletes&Itemid=280.

4. Daten aus einem IWF Bericht, veröffentlicht in "Πρόοδος -αλλά με αρκετούς αστερίσκους- βλέπει για την Ελλάδα το ΔΝΤ", 18 Januar 2013, <http://news.in.gr/economy/article/?aid=1231231218>.

5. Daten aus dem Bericht der Europäischen Kommission für Beschäftigung und soziale Entwicklung in Europa, veröffentlicht in "Τα μεγαλύτερα θύματα: Με ανεργία και φτώχεια πληρώνουν οι νέοι της Ευρώπης την κρίση", in.gr, Brüssel, 8.Januar 2013, <http://news.in.gr/greece/article/?aid=1231229586>.

6. Daten der ADECCO Studie, "Company providing services of labour force" (sic!), veröffentlicht in "Η ανεργία διώχνει τους νέους: Εργασία στο εξωτερικό αναζητούν σχεδόν οι μισοί από τους Έλληνες σε παραγωγική ηλικία", in.gr, <http://news.in.gr/economy/article/?aid=1231227353>

KÜRZUNGEN VON LÖHNEN UND RENTEN

Die enorme hohe Arbeitslosenrate wird von einem **starken Rückgang der Löhne sowie der Renten und Pensionen** begleitet. Zwischen 2010 und Januar 2013 sind die Löhne und Pensionen um 35-50% gesunken und „93.1% der Haushalte haben während der Krise bereits einen Einkommensrückgang erlitten“. Zwischen 2009 und Februar 2013 lag der durchschnittliche Einkommensverlust eines Haushalts bei 38%⁷. Die Reallöhne sind im Zeitraum 2008-2011 um 12% zurückgegangen, das durchschnittlich verfügbare Nominaleinkommen eines Haushaltes ist im selben Zeitraum um 13% geschrumpft⁸. Laut dem OECD-Jahresbericht 2011 sind die Löhne in Griechenland im Jahr 2011 um den Rekordwert von 25,3% gesunken, dies ist der höchste Rückgang unter den 34 OECD-Ländern⁹. Laut dem Memorandum II ist der monatliche Bruttolohn der über 25-Jährigen seit 2012 um weitere 22%, von 751€ auf 586€ gesunken, jener der unter 25-Jährigen um 32%, von 751€ auf 511€. Dies entspricht einem Rückgang der Nettolöhne auf 427€¹⁰ und einem realen Lohnverlust von 30%. Mit dem Rückgang der Stundenlöhne auf 2,7€ ist ein formaler Rückgang der Löhne auf das Niveau von 2005 verbunden. Die Kaufkraft der durchschnittlichen Löhne ist jedoch auf das Niveau von 2003, die der unteren Einkommensstufen auf das Niveau der 1970er Jahre eingebrochen.



RenterInnen demonstrieren gegen Renten Kürzungen, 2009.

AUFLÖSUNG VON ARBEITSRECHTEN UND SOZIALER SICHERHEIT

Die Abschaffung der Tarifverträge hat außerdem zu einer gewaltsamen Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und zur Auflösung quasi sämtlicher institutioneller Rahmenbedingungen geführt, die die Rechte der Beschäftigten schützten. Das Resultat ist eine deutliche Zunahme von Willkür und Verstößen gegen die Rechte der Beschäftigten seitens der Arbeitgeber, wie beispielsweise die schlichte Nichtzahlung von Löhnen oder Sozialversicherungsbeiträgen. Laut Daten des Work Inspection Service (Januar 2013)¹¹ blieben bisher eine halbe Million GriechInnen für 2-5 Monate unbezahlt. Laut einem Bericht der Kommission für gewerkschaftliche Freiheit der International Labour Organisation (ILO), über Arbeitsbedingungen in Griechenland auseinandersetzt, sind die „Veränderungen der Arbeitsbedingungen einer offenkundigen Verletzung der fundamentalen Prinzipien und Rechte, garantiert von der International Labour Konventionen 87 (Schutz der gewerkschaftlichen Freiheit) und 98 (Schutz der freien Tarifverhandlungen und Tarifverträge) gleichzusetzen“¹².

7. Studie «Εισόδημα - Διαπάνες Νοικοκυριών» 07.Februar.2013, http://www.gsevee.gr/index.php?option=com_content&view=article&id=249:2013-02-07-09-33-09&catid=56:meletes&Itemid=280

8. Daten aus dem Report der EU-Kommission für Beschäftigung und soziale Entwicklung in Europa. <http://news.in.gr/greece/article/?aid=1231229586>

9. OECD „Βουτιά έκαναν τα εισοδήματα, πάνω οι φόροι στην Ελλάδα“. Zeitung Ta Néa, 26.April 2012

10. Christina Kopsini, „Πώς διαμορφώνονται οι κατώτατοι μισθοί“ 21. November 2012, http://news.kathimerini.gr/4dcgi/_w_articles_economy_2_21/11/2012_502352 und <http://www.tax-profit.gr/forologika-popular/235-11>.

11. Data des Arbeitsinspektionservice, Mega TV, 11 Januar 2013, <http://www.megatv.com/megagegonota/article.asp?catid=27369&subid=2&pubid=30317641>.

12. http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---elconf/documents/meetingdocument/wcms_193260.pdf



Streikende am der U-Bahn während des kürzlichen Streiks der Gewerkschaften im Transportwesen, der durch gerichtliche Anordnung beendet wurde, 2013.

Darüber hinaus benutzt die Regierung Einlagen der Sozialversicherungsfonds zur Zahlung von Krediten. Dies trug zur Erosion des griechischen Sozialversicherungs- und Rentensystem bei. Außerdem wurden die Sozialversicherungsträger dazu verpflichtet, mit ihren Einlagen griechische Staatsanleihen zu kaufen. Folglich waren auch diese vom Schuldenschnitt (Februar 2012) betroffen. Dies führte zu einem nominalen Wertverlust von 53% bzw. einem realen Wertverlust von 70% der Fonds. Prognostiziert wurden diesen Sozialversicherungsfonds Einnahmen in Höhe von 700-800 Millionen € aus Zinsen und Renditen. Nach dem Schuldenschnitt werden sich diese Einnahmen jedoch lediglich auf 120-160 Millionen € belaufen. Die Überlebensfähigkeit der Sozialversicherungsfonds und deren Mittel zur Auszahlung von Renten wurden somit massiv gesenkt. Zusätzlich wurden die Sozialversicherungsbeiträge der Angestellten erhöht, während jene der ArbeitgeberInnen gesenkt bzw. teilweise sogar abgeschafft wurden.

Die sukzessiven Veränderungen im Sozialsystem sind in einigen Bereichen bereits besonders offensichtlich: Versicherungsansprüche werden abgebaut oder abgeschafft, das **Rentenantrittsalter** wurde auf 65 Jahre (für Männer und Frauen) und seit dem 1. Januar 2013 sogar auf 67 Jahre angehoben, eine Kürzung von und der Abbau von Ansprüchen an das Sozialsystem. In einigen Kategorien wurden die Renten zwischen 2010 und 2012 um bis zu 40% gekürzt¹³ 2013 soll eine weitere Kürzung der Renten um 5-20% vorgenommen werden, zumindest für Renten über 1.000 €¹⁴.

STEUERPLÜNDERUNG

Ein Resultat der Zusicherung von Zinszahlungen und Kreditrückzahlung an die Gläubiger ist **der Anstieg direkter und indirekter Steuern** und die zunehmende und vielfältige Ausplünderung von unteren und mittleren Einkommen durch Besteuerung. Der Mehrwertsteuersatz wurde auf 27% angehoben, öffentlich Bedienstete und UnternehmerInnen müssen künftig eine Solidaritätssteuer bezahlen und zusätzliche Steuern auf Vermögen (auch auf Immobilien) wurden eingeführt. Gleichzeitig wurde der ohnehin schon niedrige Steuersatz auf Unternehmensgewinne nach und nach von 25% (2009) auf 10% (Jänner 2013) gesenkt. Im Jahr 2011 trugen Beschäftigte und RentnerInnen 55,5% (7,1 Milliarden €) der Steuereinnahmen aus direkten Steuern bei, Unternehmen dagegen lediglich 28,1% (3,5 Milliarden €).

„Die Steuerlast, die Lohnabhängigen und RentnerInnen auferlegt wurde ist 2011 noch einmal angestiegen und hat nun 35,6% des Bruttolohns erreicht, im EU-Durchschnitt liegt dieser Wert bei 31,7%¹⁵, so der griechische Gewerkschaftsbund. Auch die OECD kommt im Jahresbericht 2011 zu einem ähnlichem Ergebnis: 2011 gab eine vierköpfige Familie 37,8% ihres Einkommens zur Bezahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen aus - ein Wert der 12% über dem OECD-Durchschnitt liegt¹⁶.“ Folglich

13. Leonidas Stergiou, „Μειώσεις 40% στις συντάξεις μετά τις περικοπές“ Zeitung Kathimerini, 4. März 2012, http://news.kathimerini.gr/4dcdgi/_w_articles_economy_1_04/03/2012_474630

14. Zeitung Ta Nea, „Μειώσεις 5-20% στις συντάξεις άνω των 1000 ευρώ από την 1η Ιανουαρίου 2013“, 17. Dezember 2012, <http://www.tanea.gr/oikonomia/article?aid=4776110>

15. ΓΣΕΕ, Pressemeldung – Διευρύνονται προκλητικά οι φορολογικές αδικίες κατά μισθωτών και συνταξιούχων, 5. Dezember 2012, <http://www.gsee.gr/news/print.php?id=1967>

16. OECD, „Βουτιά έκαναν τα εισοδήματα, πάνω οι φόροι στην Ελλάδα“, Zeitung Ta Nea, 26. April 2012.

sagten „49% der Bevölkerung aus, die auf ihnen lastende Steuerpflicht nicht begleichen zu können¹⁷. Um jedoch das an die Troika abgegebene Versprechen, weitere 2,5 Milliarden € einzusparen, halten zu können, werden 2013 noch weitere Steuern eingeführt werden. Der Betrag von nötigen Einsparungen wird jedoch mit Sicherheit noch weiter angehoben werden, da das BIP im Januar 2013 bereits 7% unter dem von Troika und Regierung prognostiziertem Wert liegt. Im Vergleich zum Januar 2012 ist die Produktion um 16% eingebrochen¹⁸. Die einzige zusätzliche Einnahmequelle des Staates stellt die erhöhte Besteuerung von Löhnen und Pensionen dar. Einnahmen aus der Umsatzsteuer sind um 15% gesunken, da der Konsum eingebrochen ist, der Heizölverbrauch stark zurückging und viele Unternehmen keine Umsatzsteuern mehr bezahlen¹⁹.

ANSTIEG DER LEBENSKOSTEN – HAUSHALTE OHNE STROM

Obwohl man im Zuge einer 5 Jahre andauernden Rezession einen Rückgang des Preisniveaus erwarten würde, ist in Griechenland das Gegenteil der Fall. Vor allem Güter der Grundversorgung sowie soziale Dienstleistungen werden weiterhin immer teurer. Zwar gab der Vize-Minister für Entwicklung freudig bekannt, dass im Jahr 2012 die Preise für Nahrungsmittel und Getränke um 0,54% gesunken seien, laut dem Verbraucherpreisindex sind diese 2012 aber um 0,8%²⁰ angestiegen. Auch der IWF schätzt, dass die Inflation im Jahr 2012 bei 0,5% lag und prognostiziert für 2013 einen Anstieg auf 1,2%. 2014 soll diese dann auf 0,4% zurückgehen²¹. Ein charakteristisches Beispiel ist der Anstieg des Strompreises. Seit Juli 2008 ist dieser 15 mal angehoben worden bzw. um mehr als 44% angestiegen. Betrachtet man den Strompreis detaillierter, ist er nach Durchsetzung des Memorandums und der Kreditrückzahlungsvereinbarungen im Januar 2011 um 13,7% angestiegen, im Januar 2012 erneut um 9,2% und im Januar 2013 um weitere 8,8%. Die vollständige Liberalisierung des Strommarktes lässt aber noch bis Juli 2013 auf sich warten. Der Mehrwertsteuersatz auf Strom wurde von 9% (März 2010) auf 13% (Januar 2011) angehoben²².

Im Laufe des Jahres 2012 ist laut Entwicklungsministerium der Energiesektor (Elektrizität, Heizöl, feste Brennstoffe) um 27,1% gewachsen²³. Trotzdem wurden die Strompreise im Januar 2013 um weitere 10% angehoben.

Diese tragischen Preisanstiege und die zusätzlichen Steuern auf Immobilienbesitz, welche mit der Strom-

„Wir bezahlen nicht“-
Protest vor dem
Parlament, 2011



17. ΙΜΕ ΓΣΕΒΕΕ, Studie «Εισόδημα - Δαπάνες Νοικοκυριών» 07.Februar 2013, http://www.gsevee.gr/index.php?option=com_content&view=article&id=249:2013-02-07-09-33-09&catid=56:meletes&Itemid=280

18. «Τρύπα» 305 εκατ. ευρώ στα έσοδα του προϋπολογισμού τον Ιανουάριο, 07.Februar 2013, <http://news.in.gr/economy/article/?aid=1231234178>

19. «Τρύπα» 305 εκατ. ευρώ στα έσοδα του προϋπολογισμού τον Ιανουάριο, 07.02.2013.

20. "Ο λογαριασμός δεν βγαίνει...", 07.02.2013, <http://news.in.gr/greece/article/?aid=1231234159>.

21. Daten eines IWF-Berichts, veröffentlicht in: "Πρόσοδο - αλλά με αρκετούς αστερίσκους- βλέπει για την Ελλάδα το ΔΝΤ", 18 Januar 2013, <http://news.in.gr/economy/article/?aid=1231231218>

22. "Σκάνδαλο διαρκείας: 17 αυξήσεις έχει επιβάλει η ΔΕΗ!" http://24wro.blogspot.com/2011/04/17_04.html#ixzz2IEZKP7B

23. "Ο λογαριασμός δεν βγαίνει..." 07.02.2013, <http://news.in.gr/greece/article/?aid=1231234159>



Die Gewerkschaft der öffentlichen Energieversorgung während eines Generalstreiks 2011

rechnung eingezogen wird, führen dazu, dass „40% der Haushalte in Zahlungsverzug gegenüber dem Staat oder einer Bank geraten sind und 50% nicht mehr über ausreichend Mittel verfügen, Wasser, Strom oder Zinsen zu bezahlen“²⁴. Laut dem Präsidenten und Management Direktor der DEH (staatliches Elektrizitätsunternehmen) wurden 2011 bereits 400.000 Vereinbarungen zur Begleichung unbezahlter Rechnungen abgeschlossen, im Laufe des Jahres 2012 erhöhte sich diese Zahl

auf 700.000²⁵. Gleichzeitig schaltet DEH pro Monat ca. zahlungsunfähigen 30.000 Haushalten den Strom. Diese Rechnungen bleiben folglich unbezahlt und die Haushalte von der Stromversorgung ausgeschlossen.

VERARMUNG

Der dramatische Anstieg der Armut, welcher Griechenland zum Europameister in Sachen Armut erhebt, ist keine Überraschung. 2005 lebten 21% der GriechInnen bzw. 2.088.701 Menschen²⁶ unter der Armutsgrenze (das heißt mit einem Einkommen, das weniger als 60% des Durchschnittseinkommens ausmacht). Laut ELSTAT²⁷ ist dieser Prozentsatz 2010 auf 21,4 (2.341.000) gestiegen, was nur einem Anstieg von 0,4% entspricht. EUROSTAT²⁸ gibt an, dass 2011 bereits 22,9% der GriechInnen unter der Armutsgrenze lebten. Somit hat sich in einem einzigen Jahr (2010-2011) der Anwendung des Memorandum die Zunahme der Armutsrate vervierfacht, obwohl die Armutsgrenze aufgrund des Absinkens des durchschnittlichen Einkommens nach unten revidiert wurde. Fällt nämlich das durchschnittliche Einkommen, sinkt auch die Armutsgrenze²⁹. Damit einhergehend erscheinen viele Haushalte, die

de facto nicht im Stande ihre Grundbedürfnisse zu decken, in Statistiken als „nicht-arm“. „Im Grund entsteht für die meisten Haushalte gerade eine wirtschaftliche Situation, welche zur „Wirtschaftsgesellschaft einer Hälfte“ führt, und die Überlebensfähigkeit der anderen Hälfte der Bevölkerung beträchtlich eingeschränkt ist“³⁰.

Laut Daten von EUROSTAT (2011), ist



24. IME ΓΣΕΒΕΕ, Studie «Εισόδημα - Δαπάνες Νοικοκυριών» 07.02.2013, http://www.gsevee.gr/index.php?option=com_content&view=article&id=249:2013-02-07-09-33-09&catid=56:meletes&Itemid=280

25. «Δυσκολεύονται να πληρώσουν: Πάνω από 700.000 διακανονισμούς για καθυστερήσεις οφειλών έκανε η ΔΕΗ το 2012», in.gr, 07-01-2013, in <http://news.in.gr/greece/article/?aid=12312292>

26. EUROSTAT Studie; publiziert in: «Σταθερά πάνω από το 20% κινείται η φτώχεια στην Ελλάδα», Zeitung Κυριακάτικη Ελευθεροτυπία, 31. Mai 2009.

27. «Ραγδαία επιδείνωση του βιοτικού επιπέδου και αύξηση της φτώχειας από το 2010: Σοκαριστικά τα στοιχεία της ΕΛΣΤΑΤ», in.gr, 02. November 2012, in <http://news.in.gr/economy/article/?aid=1231220484>.

28. Studie von EUROSTAT, in «Η απειλή του κοινωνικού αποκλεισμού: Στο όριο της φτώχειας ζουν 3,4 εκατομμύρια Έλληνες», in.gr, 03 Dec. 2012, <http://news.in.gr/greece/article/?aid=1231224846>.

29. Der durchschnittliche Rückgang des Haushaltseinkommen zwischen 2009 und 2012 beträgt 38%. (Sowie «Πτώση Μισθών – Συντάξεων») Dies führte zu einem signifikanten Rückgang des verfügbaren Einkommens auf wessen Basis die Armutsgrenze berechnet wird.

30. IME ΓΣΕΒΕΕ, Research: «Εισόδημα - Δαπάνες Νοικοκυριών», 07.02.2013, http://www.gsevee.gr/index.php?option=com_content&view=article&id=249:2013-02-07-09-33-09&catid=56:meletes&Itemid=280.

der Anteil der griechischen Bevölkerung, der nicht mehr im Stande dazu ist seine Grundbedürfnisse zu decken, auf 15,2% gestiegen. Im Vergleich zu einem EU-Durchschnitt von 8,8%. Laut einer Studie von GSEVEE ist dieser Anteil 2012 auf 20% gestiegen. 2008 haben 28,1% der GriechInnen nahe der Armutsgrenze gelebt, im Jahr 2011 stieg der Anteil auf 31%, also 3.403.000 Personen³¹. Ende 2012 waren bereits 3,9 Millionen GriechInnen armutsgefährdet, so der griechische Gewerkschaftsbund³². Im EU-Durchschnitt (EU 27) lag dieser Wert 2010 bei 16,4%.

REZESSION

Alle oben genannten Faktoren haben innerhalb von 2 Jahren (2010 – 2012) zum dramatischen Rückgang der Inlandsnachfrage um etwa 25% geführt, welche sich somit auf dem Niveau von 2000 befindet. Den Berechnungen zufolge fiel die Kaufkraft der GriechInnen im selben Zeitraum um 50%³³. Alles Daten, die auf die Schrumpfung der griechischen Wirtschaft wegen Memoranden und Austeritätspolitik verweisen. Von 2009-2012 ist das BIP im 25% gesunken, im Jahr 2012 um weitere 8%. 2013 wird diese Tendenz weitergehen, mit einem erwarteten Rückgang von 4,2%³⁴. Die Rezession hat zu einem Anstieg der Abweichung der griechischen Wirtschaftswerte vom EU-Durchschnitt geführt und frisst die Fortschritte, die zwischen 1995 und 2007 erreicht wurden, Stück für Stück wieder auf. 2009 entsprach das Pro-Kopf Einkommen 92% des EU-Durchschnitts, bis 2011 ist dieses um weitere 10%, auf 82% der EU-Durchschnittswert abgesunken.

Die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben eines Haushalts befinden sich seit 2009 im Sturzflug und sind 2009-2010 um 9,3% zurückgegangen (reale Preise, inflationsbereinigt)³⁵. Bei einer Studie der GSEVEE gaben 70% der Befragten an, dass sie bei den Nahrungsmittelausgaben sparen, 80% bei Ausgaben für Transportmittel, 92% sparen bei Kleidung und 83,2% der Haushalte beim Heizen. Beinahe 90% treten bei Allem, das mit Freizeit und Unterhaltung in Verbindung gebracht wird (Restaurants, Kinos, Reisen, Kaffehäuser, Bäckereien) kürzer. 42,5% der Haushalte gaben an, auch bei der Qualität der Nahrungsmittel den Gürtel enger zu schnallen und kaufen seit Beginn der Rezession zunehmend Produkte niedrigerer Qualität³⁶.

Arbeitslose und prekär Beschäftigte demonstrieren in Heraklion, Kreta.



31. Studie Eurostat 2012, as published in "Η απειλή του κοινωνικού αποκλεισμού: Στο όριο της φτώχειας ζουν 3,4 εκατομμύρια Έλληνες", in.gr, 03 Dec. 2012, <http://news.in.gr/greece/article/?aid=1231224846>.

32. INE - ΓΣΕΕ, Die Griechische Wirtschaft und Arbeit, Jährlicher Bericht, 2012, <http://www.inegsee.gr/sitefiles/studies/EKTHESH%2014.pdf>.

33. "Ο λογαριασμός δεν βγαίνει...", 07.02.2013, <http://news.in.gr/greece/article/?aid=1231234159>.

34. Daten aus dem Bericht von IWF in "Πρόοδο - αλλά με αρκετούς αστερίσκους - βλέπει για την Ελλάδα το ΔΝΤ", 18 Jan. 2013, <http://news.in.gr/economy/article/?aid=1231231218>. Der IWF berechnet in diesem Bereich einen kumulierten Rückgang des BIPs um 19,5%.

35. „Ραγδαία επιδείνωση του βιοτικού επιπέδου και αύξηση της φτώχειας από το 2010: Σοκαριστικά τα στοιχεία της ΕΛΣΤΑΤ“ in <http://news.in.gr/economy/article/?aid=1231220484d>, in.gr, 2.November 2012

36. IME ΓΣΕΒΕΕ, Studie "Εισόδημα - Δαπάνες Νοικοκυριών", 07.02.2013, http://www.gsevee.gr/index.php?option=com_content&view=article&id=249:2013-02-07-09-33-09&catid=56:meletes&Itemid=280.

DER KOLLAPS DER ÖFFENTLICHE GESUNDHEITSVERSORGUNG



Die Gewerkschaft der Gesundheitsbeschäftigten demonstriert gegen Schließungen von Krankenhäusern und die Zusammenreichung der öffentlichen Gesundheitsversorgung

Die riesige Arbeitslosigkeit, die Verbreitung der Armut, die radikalen Einschnitte im Gesundheitswesen und das auferzungenen enormen Gebühren für den Zugang zu medizinischen Leistungen haben Umstände geschaffen, die den Kollaps der öffentlichen Gesundheitsversorgung verursachen. Nach Angaben von Ärzten ohne Grenzen³⁷ wurde die Finanzierung der öffentlichen Krankenhäuser bis 2011 um 40% reduziert, während im selben Zeitraum die Nachfrage nach stationärer Versor-

gung um 24% gestiegen ist. Während der ökonomische Niedergang die Zahl jener erhöht, die das öffentliche Gesundheitssystem in Anspruch nehmen, bedingt die hohe Zahl an Langzeitarbeitslosen den **Ausschluss von über hunderttausend Menschen vom Zugang zur Gesundheitsversorgung**³⁸. Es ist davon auszugehen, dass es im Moment 400.000 Familien gibt, die nicht versichert sind, also 1.5 Millionen Menschen ohne Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem. Zusätzlich wurde der Preis für Leistungen im öffentlichen Gesundheitssystem

von 1 auf 5 Euro erhöht, ohne Rücksichtnahme auf sozial schwache Gruppen. Für 2013 werden 25 Euro für den Eintritt in ein öffentliches Krankenhaus verlangt.

UNTERGRABUNG VON MINDESTBEDINGUNGEN FÜR EIN GESUNDHEITSSYSTEM

Die Kürzungen haben zu radikalem Abbau des Personals und zur Aushöhlung der technischen Infrastruktur der einzelnen Einrichtungen geführt. Manche öffentliche Krankenhäuser und gesundheitliche Einrichtungen in der Peripherie wurden geschlossen, Stellen von ÄrztInnen und Pflegepersonal werden nicht mehr besetzt und als Resultat daraus sind Regionen unterversorgt, gleichzeitig fehlen Medikamente, es wird sogar Verbandszeug re-sterilisiert und wiederverwendet. Schlimmer noch, die letzten Kürzungen bei den Krankenhäusern haben dazu geführt, dass die Essensversorgung für die PatientInnen schlechter wurde und einige Krankenhäuser die Anzahl der Mahlzeiten reduzieren mussten.

Alle diese Tatsachen sind das Ergebnis der Kompensationspolitik der Memoranden, die auf „billige Lösungen“ abzielen, die eigentlichen Kosten für die Gesundheit der BürgerInnen nicht in Betracht ziehen und als „Belohnung“ die gefährliche Einschränkung von Qualität und Quantität der öffentlichen Gesundheitsversorgung anbieten, wie internationale Gesundheitsorganisationen betonen.

Nach Mark Sprenger, dem Direktor des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC), gibt es „mittlerweile weniger Ärzte und Pflegekräfte, die sich um mehr Patienten kümmern müssen, während die Krankenhäuser keine Gelder für deren Versorgung bereitstellen, so dass selbst auf Gebieten grundlegender Hygiene Gefahren entstehen.“ Der Anteil der Krankenhausinfektionen ist in Griechenland sprunghaft angestiegen, so dass 2.800 Menschen in einem einzigen Jahr sterben

37. Ärzte ohne Grenzen: AIDS, malaria und TB reap, 16-03-2012, in <http://www.pheme.gr/article.aspx?id=3284#.T20AoCUXRvw.facebook>

38. Den Zugang an öffentlichen Dienstleistungen der Gesundheit schafft jeder, der 50 Versicherungen Briefmarken aus seiner Arbeit gesammelt hat. Das bedeutet man muss für das vorige Jahr mindestens 2 Monaten gearbeitet haben.



mussten. Dazu betonte der Repräsentant der WHO in der EU, Roberto Bartolini, dass „Kürzungen von Mitteln und Personal die Kontrolle von Infektionen und hygienischen Regeln sehr schwierig gestalten“. Darüber hinaus sind, einer Aussage zufolge, die R. Papadopoulou als Repräsentant der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“³⁹ im Gespräch mit der Zeitung The Guardian machte, die Fälle von HIV-Infektionen bei Konsumenten intravenös applizierter Drogen um 1250% gestiegen, was auf die drastischen Kürzungen von Umsonst-Spritzen-Programmen zurückzuführen ist. Zudem gibt es zum ersten Mal seit 40 Jahren eine Häufung von Malariafällen in Südgriechenland. Gleichzeitig nehmen unter MigrantInnen Fälle von Tuberkulose sprunghaft zu.

KINDERARMUT

Kinder bilden den verletzlichsten Teil der Bevölkerung und sind am schlimmsten von der Krise betroffen. Nach Eurostat lebten 2009 439.000 Kinder bis zu 17 Jahren unter der Armutsgrenze - das heißt, der Prozentsatz von Kindern, die in Armut lebten, betrug 23%, während er für ganz Europa 20,5% betrug. Dieser Wert erhöhte sich 2010 auf 23,7% und ist um 2,3 Prozentpunkte höher als der entsprechende Wert für die Gesamtbevölkerung⁴⁰. UNICEF zufolge haben sich die Lebensbedingungen und die Bedrohung durch Armut für Kinder in den Jahren 2009 bis 2012 stark verschlimmert. Zwei Beispiele für die tragischen Bedingungen, in denen zehntausende Kinder leben müssen, sind:

1. die Tatsache, dass 37,1% der Kinder, die unter der Armutsgrenze leben, nicht einmal in Haushalten leben, die ihnen eine adäquate Beheizung bieten können, und
2. die sich ständig häufenden Vorfälle von Kindern, die vor Unterernährung zusammenbrechen, was auf absolute Armut schließen lässt und viele Schulen dazu bewogen hat, kleine Mahlzeiten umsonst anzubieten.

Im letzten Dezember kündigte das Bildungsministerium an, Gelder aus den europäischen Programmen für den „Kampf gegen die Armut“ bereitzustellen, um 250.000 Kindern in Schulen, in denen so etwas häufiger vorkommt, Milch und Obst umsonst anbieten zu können.

Die Konsequenz all dessen ist, dass es, wie eine Studie europäischer Professoren für die Weltbank darlegt, „zum ersten Mal seit 1950 einen **Anstieg der Kindersterblichkeit in unserem Land gibt!** Seit 2008, als die Rezession in Griechenland begann, ist die Kindersterblichkeit auf 3,8 (pro 1000 Kinder unter einem Jahr) gestiegen, im Gegensatz zu den 2,7, die wir vor der Krise hatten“⁴¹. Es wird betont, dass diese Tatsache „die Lebenserwartung für das ganze Land hinabdrückt, voraussichtlich um zwei bis drei Jahre“, was allerdings „nicht so sehr mit der Gesundheitsversorgung wie mit dem allgemeinen Verfall des Lebensstandards der Griechen zusammenhängt“⁴².

39. Ärzte ohne Grenzen: AIDS, malaria und TB reap, 16.März 2012, in <http://www.pheme.gr/article.aspx?id=3284#.T2OAOcUXRvw.facebook>

40. UNICEF, „Η κατάσταση των παιδιών στην Ελλάδα, 2012“, Greek National Committee Unicef, März 2012, in <http://www.unicef.gr/news/2012/n120403.php> und „Παγδαία επιδείνωση του βιοτικού επιπέδου και αύξηση της φτώχειας από το 2010: Σοκαριστικά τα στοιχεία της ΕΛΣΤΑΤ“, in.gr, 2. November 2012, in <http://news.in.gr/economy/article/?aid=1231220484>

41. Fydanidou Elena, «Παιδιά, τα πρώτα θύματα της κρίσης» Zeitung To Βήμα, 18.11.2012, <http://www.tovima.gr/society/article/?aid=484475>

42. ebenda



SCHULEN UND WOHNUNGEN OHNE BEHEIZUNG

Seit 2010, dem Jahr, in dem die obengenannten Daten veröffentlicht wurden, hat sich die **Unmöglichkeit, Beheizung sicherzustellen**, in ein riesiges gesellschaftliches Problem verwandelt. Schon 2010 lag der Prozentsatz der Bevölkerung, die angab, sich adäquate Beheizung nicht mehr leisten zu können, bei 18,7%⁴³. Durch ständige Erhöhungen haben sich

die Preise für Heizöl seit 2009 mehr als verdoppelt, was auch hunderttausende Haushalte oberhalb der offiziellen Armutsgrenze in die Situation versetzte, sich das Heizen nicht mehr leisten zu können. 2009 betrug der durchschnittliche Literpreis 0,57 €, 2010 betrug er 0,71 €, 2011 erhöhte er sich auf 0,91 €, um 2012 schließlich 1,37 € zu erreichen. In einem Jahr - von Ende 2011 bis Ende 2012 - sank der Verbrauch von Heizöl um 75%, was alle Prognosen über eine Steigerung der Einnahmen durch Erhöhung der Preise schlagend widerlegte⁴⁴. Darüber hinaus führte die logische Folge, dass die Menschen nach anderen Energiequellen zum Heizen - darunter Holz - suchten, zu einer Rückkehr des Smogs in viele griechische Städte und zu gedankenlosen und unkontrolliertem Holzdiebstahl mit **katastrophalen Auswirkungen für die Umwelt**.

Die ernsteste Auswirkung des Anstiegs der Heizölpreise ist die Gefahr, dass Schulen unbeheizt bleiben, wenn Gemeinden in gebirgigen Gegenden angeben, dass sie unfähig sind, die Bedürfnisse der Bevölkerung mit dem bereitgestellten Geld zu befriedigen. Obwohl die angestrebten Temperaturen bereits herabgesetzt wurden, sind 3500 Schulen von der Gefahr betroffen, schließen zu müssen, weil sie ihre Heizkosten nicht stemmen können. Dieser tragische Zustand und der Protest tausender Menschen in den gebirgigen Gemeinden Nordgriechenlands zwang das Bildungsministerium Anfang Januar, 60 weitere Millionen Euro für die Beheizung von Schulen bereitzustellen.

DIE GEFAHR DES SOZIALEN ZERFALLS

In Griechenland haben die Strukturen des Wohlfahrtsstaats und der sozialen Sicherheitssysteme nie das Niveau europäischer Wohlfahrtsstaaten erreicht. Sie blieben immer schwach und problembehaftet, schon bevor am Anfang der 90er Jahre auf eine neoliberale Politik umgeschwenkt wurde, lange vor den barbarischen Sparprogrammen und Memoranden. Dadurch wurden andere gesellschaftliche Beziehungen in unserem Land, wie bspw. die Familie, zu einem komplementären, aber stabilen und gesellschaftlich verankerten Sicherheitsnetz, das Gefahren von Verarmung und sozialem Ausschluss abfedern konnte, vor allem für ärmere Bevölkerungsschichten.

In den herrschenden Umständen führt die Zerstörung jeglicher öffentlicher Dienstleistungen in Verbindung mit der massenhaften und gewaltsamen Verarmung eines Großteils der Bevölkerung dazu, dass die Familien nicht länger imstande sind, diese Rolle zu spielen. Diese Tatsache verschärft die **soziale Spaltung**, wofür der Anstieg der Obdachlosenzahlen beispielhaft steht: In Athen und Piräus, wo



43. "Ραγδαία επιδείνωση του βιοτικού επιπέδου και αύξηση της φτώχειας από το 2010: Σοκαριστικά τα στοιχεία της ΕΛΣΤΑΤ", in.gr, 2.November 2012, in <http://news.in.gr/economy/article/?aid=1231220484>

44. Siehe auch die Absätze "Steuerplünderung" und "Steigende Lebenskosten – Haushalte ohne Strom" (pp. 6-7).

mehr als die Hälfte der griechischen Obdachlosen leben, erhöhte sich in den Jahren 2009-2011 deren Zahl um 25%⁴⁵.

IMMIGRANTINNEN UND RASSISMUS

Das zweite, ebenso wichtige Beispiel für die soziale Spaltung betrifft die immer schrecklicheren Umstände, in denen MigrantInnen und Flüchtlinge leben müssen. Deren gewaltsame Marginalisierung nimmt verschiedene Formen an, von der Abschaffung der wenigen gesetzlichen Rechte (z.B. Asylrecht) über die offene Repression und Xenophobie, mit denen ihnen der griechische Staat und seine Organe begegnen (Polizeipogrome und Verhaftungen wegen ausländischen Aussehens, Auffanglager mit katastrophalen Lebensbedingungen)⁴⁶ bis hin zu offen rassistischen Attacken und Morden, die von faschistischen Schlägertrupps unter wohlwollender Zurückhaltung, wenn nicht unter dem aktiven Schutz von Polizei und Gerichten verübt werden. Die Tatsache, dass die systematische Erfassung von gewaltsamen rassistischen Angriffen durch die UNO und den griechischen Staat erst 2011 begonnen hat, ist ein weiteres Indiz für die Indifferenz, mit der mit der Situation umgegangen wird. Diesen Aufzeichnungen zufolge wurden zwischen Oktober 2011 und Dezember 2012 mehr als 200 rassistische Angriffe verübt⁴⁷. Es wird nicht angegeben, wieviele davon tödlich waren, es haben allerdings in den letzten drei Monaten fünf Morde an MigrantInnen stattgefunden. Die Verschärfung der Krise, die Eskalation der Gewalt - ökonomisch wie repressiv - gegen die Menschen, die Spaltungspolitik gegen die Opfer der Krise und die Nichtverfolgung derer, die solche Angriffe verüben sowie ihre wohlwollende Behandlung durch die Medien schaffen einen fruchtbaren Boden für die Kanalisierung der allgemeinen Wut in Rassismus und die Verstärkung gesellschaftlicher Barbarei und die Kräfte des Faschismus.

Wie Human Rights Watch angibt, wurden in den Polizeioperationen „Xenios Dias“ 50 000 MigrantInnen festgenommen, von denen nur 3700 aufgrund fehlender Papiere oder anderer kleinen Vergehen festgehalten wurden. Wir erinnern außerdem daran, dass Griechenland bereits wiederholt von internationalen Gerichtshöfen für die unmenschlichen Bedingungen, die MigrantInnen auf Polizeiwachen und in Auffanglagern erdulden müssen, verurteilt wurde. Demnach handeln die Länder, die Eurozone, die MigrantInnen nach Griechenland als „sicheres Drittland“ abschieben, entgegen den Bestimmungen der Dublin-2-Verordnung.

Ein Bild von der gegen MigrantInnen gerichteten „Säuberungs“-Operation „Xenios Zeus“ der Polizei im Sommer 2011



45. M. Kontoroussis, "Παγδαία Αύξηση των Αστεγών στην Ελλάδα Μέσα σε Δύο Χρόνια", 29März 2012, http://news247.gr/eidiseis/ragdaia_aukshsh_twn_astegwn_sthn_ellada_mesa_se_duo_xronia.1712500.html

46. Wie Human Rights Watch angibt, wurden in den Polizeioperationen «Xenios Dias» 50000 Migranten festgenommen, von denen nur 3700 aufgrund fehlender Papiere oder anderer Kleinkriminalität festgehalten wurden. Wir erinnern außerdem daran, dass Griechenland bereits wiederholt von internationalen Gerichtshöfen für die unmenschlichen Bedingungen, die Migranten auf Polizeiwachen und in Auffanglagern erdulden müssen, gerügt worden ist. Demnach handeln die Länder, die Eurozone, die Migranten nach Griechenland als «sicheres Drittland» abschieben, entgegen den Bestimmungen der Dublin-2-Verordnung.

47. Siehe: http://www.coe.int/t/commissioner/News/2013/130201Greece_en.asp

4 Jahre Widerstand und Solidarität: Niemand wird in der Krise allein gelassen!



„Ich war ein wohlhabender Mann. Ich hatte meinen eigenen Laden, mein eigenes Geschäft - und nun bin ich Stammgast in der Suppenküche in der Agios-Sostis-Kirche. Ich bin verrückt geworden, ganz unten angekommen... jetzt gebe ich, was ich kann, und das macht mich glücklich, hält mich am Leben. Jeder gibt nach seinen Fähigkeiten. Wir sind am Ende, aber am Ende versuchen wir, uns gegenseitig zu helfen. Hier sind wir alle eine Familie. Der Club ist zu meinem zweiten Zuhause geworden.“

- Tassos, Freiwilliger im Solidaritätsclub in N. Kosmos⁴⁸

Während der vier Jahre der Plünderung durch die Memoranda hat sich das griechische Volk gewehrt, sich geweigert, das Versuchskaninchen der „Schocktherapien“ zu werden und damit die Pläne und Erwartungen der wirtschaftlichen und politischen Eliten in Griechenland und der ganzen Welt durchkreuzt. Von Kreta bis Evros und von Rhodos bis Florina haben tausende Menschen - Männer und Frauen, jung und alt, GriechInnen und MigrantInnen mit verschiedenen politischen Überzeugungen und ideologischen Ausrichtungen - eine Massenbewegung des Widerstands und der Solidarität geschaffen. Sie rufen den Slogan **„Niemand wird in der Krise allein gelassen!“** und handeln danach.

Schon mit den Volksversammlungen auf den Plätzen und den Stadtteilkomitees der „Wir zahlen nicht“-Bewegung in den Jahren 2009-2011 gab es eine Massenbewegung, die sich der erhöhten Autobahnmaut und den Preissteigerungen im öffentlichen Nahverkehr widersetzte. Nach der massenhaften Besetzung der Plätze im Jahr 2011 war der erste Ausdruck der Solidaritätsbewegung der Widerstand gegen die Zusatzsteuer auf Immobilien und die praktische Hilfe zur Zahlungsverweigerung. Parallel zu dieser Aktion des zivilen Ungehorsams, die von vielen linken und fortschrittlichen Bürgermeistern unterstützt wurde, entwickelte sich eine ganze Galaxie aus Netzwerken und Strukturen praktischer Solidarität. Auch der zehnmonatige Streik bei Hellenic Halybourgia, dem größten Stahlproduzenten des Landes, und die riesige Solidaritätsbewegung, die er mit sich brachte, stellen ein weiteres wichtiges Moment der Solidaritätsbewegung dar, da sie zu einer weiteren sprunghaften Verbreitung der Theorie und Praxis der Solidarität im ganzen Land führten. Die Solidaritätsbewegung besteht nun aus hunderten selbstorganisierter Kollektive und Initiativen, die sich vielfältige Aktivitäten in den unterschiedlichsten Bereichen widmen. Nach dem anfänglichen Versuch, die wichtigsten Notwendigkeiten zum Überleben und zur kollektiven Organisation anzugehen und nur ein relativ abgestecktes Gebiet zu bearbeiten (wie Gesundheit,



48. M. Gasparakis, „Είμαστε εδώ για να δώσουμε ελπίδα“, Zeitung Avgή, 21.10.2012, <http://www.avgi.gr/ArticleActionshow.action?articleID=722263>

Nahrung und Bildung), haben sie sich schrittweise in eine mächtige Triebfeder der gesellschaftlichen Transformation entwickelt und erschließen sich immer neue Arbeitsfelder. Die wichtigste Basis dieser Projekte ist die Nachbarschaft und deren Organisation in offenen Versammlungen, an der sowohl die OrganisatorInnen einer Struktur als auch die Menschen, an die sich eine Struktur wendet, teilnehmen. Das Element der Partizipation und Selbstorganisation der direkten Betroffenen ist eines der hauptsächlich politischen Ziele der Solidaritätsbewegung. Es ist kein Zufall, dass ein großer Teil derer, die sich an diesen Strukturen beteiligen, arbeitslose Männer und Frauen, sowie RentnerInnen, verarmte kleine Geschäftsleute, Menschen aus den unteren Mittelschichten oder prekär Beschäftigte sind. Ein informelles Netzwerk ist aus den verschiedenen Solidaritätsstrukturen hervorgegangen. Sie vernetzen sich entweder auf der Basis ihrer geographischen Nähe oder auf der Basis ihrer Tätigkeit (bspw. Netzwerke der Gesundheitseinrichtungen), um ihre Effizienz zu erhöhen. Eine jüngere Entwicklung ist die Initiative der Gewerkschaften, ihre eigenen Solidaritätsstrukturen für Gewerkschaftsmitglieder aufzubauen. Diese Verbindung zwischen der Solidaritätsbewegung und den Gewerkschaften kann, obwohl sie viel zu spät kommt, der Bewegung eine neue Perspektive und Dynamik verleihen und den Ausgang der sozialen und politischen Kämpfe in Griechenland entscheidend beeinflussen. Es folgen einige Beispiele aus den grundlegendsten Bereichen und Arbeitsweisen gesellschaftlicher Solidarität.

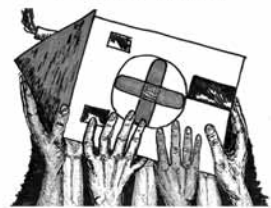
SOZIALKLINIKEN UND APOTHEKEN

Im Gesundheitssektor gibt es Sozialkliniken und -apotheken, die vor allem unversicherte und arbeitslose Menschen und Migranten behandeln. Ihre Arbeit beruht ausschließlich auf der Initiative Freiwilliger und Spenden, gewöhnlich Sachspenden. Einige (wenige und linke) Gemeinden unterstützen sie, indem sie Räumlichkeiten anbieten. Anhand der Daten der örtlichen Klinik in Ellinikon-Argroupoli kann man sich ein gutes Bild vom Mobilisierungsgrad der Menschen machen: In der Zeit seit der Gründung der Klinik (Frühling 2012) hat sich die Zahl der dort arbeitenden Freiwilligen von 60 auf 150 erhöht. Alle Entscheidungen der Sozialkliniken werden in den Generalversammlungen getroffen, an denen alle teilnehmen, sowohl das medizinisch ausgebildete Personal und Ärzte als auch die Freiwilligen der Sekretariat, und es wird sogar versucht, auch die PatientInnen einzubinden.

Ein Netzwerk der Sozialkliniken und -apotheken wird derzeit entwickelt, um Probleme, wie Mangel an Arznei- und Impfstoffen, praktisch lösen zu können, indem Arzneistoffe, die in einer Klinik nicht benötigt werden, einer anderen zur Verfügung gestellt werden. Daten aus drei Sozialkliniken legen in der Tat den Schluss nahe, dass der Bedarf an medizinischer und pharmazeutischer Behandlung sprunghaft ansteigt. Die Sozialklinik von Rethymnon (Kreta) hat in den Jahren 2009-2009 780 Menschen, im Jahr 2010 1100 Menschen und im Jahr 2011 1580 Menschen behandelt. Die Sozialklinik von Ellinikon (südöstliches Athen) hat vom Februar 2012 bis zum August desselben Jahres 1200 Fälle behandelt, in den darauffolgenden zwei Monaten jedoch 1800. Genauso hat die Sozialklinik von Thessaloniki in dem Jahr bis zum November 2012, 6000 Patienten behandelt.



Ενώπιον σε ένα σύστημα που εξαθλιώνει τη ζωή Στριζόμεσαστέ! Στριζόμεσαστέ την Αλληλεγγύη!



εκδήλωση - συζήτηση για το υπό κατεδάφιση Δημόσιο Σύστημα Υγείας & το Κοινωνικό Ιατρείο Αλληλεγγύης, τη δημιουργία, τη δράση, τους στόχους του
κιν.γράφος "Αλέξανδρος", Εθν. Αμύνης 1
Κυριακή 12/02/12, στις 11:00 π.μ.

Plakate aus der Solidarischen Kliniken in Piräus (oben) und in Thessaloniki (unten).



Soziale Suppenküche des Kollektivs „Der andere Mensch“

Sammlung von Essensspenden am Ausgang eines Supermarkts in Athen durch den „Zug der Solidarität“



SOZIALKÜCHEN-ESSENSVERTEILUNG

Auch im Essensbereich wurden einige Initiativen und Praktiken entwickelt. Neben den **Kollektivküchen**, die Aktionen zugunsten der Arbeits- und Obdachlosen machen und Solidaritätskochen für streikende ArbeiterInnen organisieren, sind Bewegungen entstanden, die Nahrungsmittel einsammeln und an Haushalte verteilen, die anders nicht überleben könnten. In jedem Fall geht es um die Partizipation und Aktivierung der von dem Problem betroffenen Menschen, darum die soziale Isolation und die Individualisierung des Problems zu überwinden und der Verzweigung, dem Eigennutz und der Vereinzelung, die nur dem Faschismus nützen, entgegenzuwirken, den sozialen Zusammenhalt und Nachbarschaftsgeist in jedem Stadtteil zu stärken und zu verteidigen. Einige Beispiele für solche Interventionen sind das Solidaritätsnetzwerk Vyronas (Athen), das es innerhalb eines halben Jahres seit Juli 2012 geschafft hat, 240 Familien zweimal im Monat mit Essen zu versorgen. Das ganze Projekt wurde von vier Personen gegründet und nun beteiligen sich 30 Personen aktiv an seiner Versammlung. Genauso der Solidaritätsclub von Neos Kosmos, einem armen Athener Stadtteil, der im September 2011 zunächst kostenlosen solidarischen Nachhilfeunterricht für SchülerInnen anbot, ein Jahr später eine Volksküche für 10 Personen aufbaute und heute jeden Tag 45 Menschen bekocht und zweimal im Monat einen Sack voll Lebensmittel an 36 Haushalte liefert. Ein anderes interessantes Beispiel ist der Partizipative Tisch der Solidarität und Emanzipation in Kavala (Nordgriechenland). Der Partizipative Tisch wurde zur Weihnachtszeit 2011 aufgebaut und findet seit Ostern 2012 jeden Freitagabend statt. Seit letztem Oktober gibt es zusätzlich dreimal in der Woche ein Mittagessen. Eingeladen sind alle, die bedürftig sind oder etwas beisteuern können (Essen, Teller, Tischtücher, Hilfe beim Auf- und Abbau etc.). Normalerweise kommen die Lebensmittel aus Spenden. Dem Abendessen folgt Musik oder eine Diskussionsrunde, weil das Projekt nicht nur Almosen, sondern auch Raum für Zusammenkommen und Unterhaltung bieten will. Bis jetzt hat der Partizipative Tisch den Bedarf von 200 Personen gedeckt und die Zahl der Freiwilligen von 10 auf 40 erhöht. Zurzeit wird an der Bereitstellung eines täglichen Mittagessens gearbeitet.

INITIATIVE OHNE ZWISCHENHÄNDLER – SOLIDARISCHE LEBENSMITTELLÄDEN

Ein wichtiger Beitrag zur Deckung des Lebensmittelbedarfs ist die so genannte „**Kartoffel-Bewegung**“ oder **Bewegung ohne Zwischenhändler**. Diese Initiative richtet sich auch gegen die steigenden Preise. Das kann erreicht werden, indem die ProduzentInnen von Agrarprodukten ihre Produkte direkt an die KonsumentInnen in den urbanen Zentren verkaufen. Auf diese Weise können die sonst üblichen ZwischenhändlerInnen (die natürlich auch an dem Geschäft mitverdienen wollen) umgangen werden. So ist es den ProduzentInnen möglich, ihre Produkte zu im Vergleich zu Geschäften und Supermärkten günstigeren Preisen direkt an die EndverbraucherInnen zu verkaufen. Die EndverbraucherIn erhält somit frischere und billigere Produkte. Gleichzeitig verdienen die ProduzentInnen besser, weil sie die Produkte, nicht wie sonst üblich, zu niedrigeren Preisen an die ZwischenhändlerInnen verkaufen müssen. Die Kartoffelbewegung (sie wurde nach dem ersten Produkt, das auf diese Weise vertrieben benannt) ist eine erfolgreiche Strategie, die sich mittlerweile in Form von Hunderten gleich ge-

arteten Initiativen über ganz Griechenland ausgebreitet hat. Die Bewegung unterstützt und fördert die lokale Produktion für die lokale Bedarfsdeckung, sie setzt die Forderung nach Ernährungssouveränität und die Entwicklung dezentralisierter landwirtschaftlicher Strukturen bislang erfolgreich in die Praxis um. Entstanden ist die Bewegung erst vor etwa einem Jahr zu einem Zeitpunkt als die Kräfte, die für das Memorandum arbeiteten, die Menschen mit offen erpresserischen Methoden dazu zu zwingen versuchten, durch ihr Wahlverhalten das Sparprogramm nicht zu gefährden. Den Menschen wurde angedroht, dass ein Wahlsieg der Kräfte, die gegen das Memorandum arbeiteten, zu einem Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone (der sogenannte „GRexit“) damit zu einer massiven Nahrungsmittelkrise führen würde. Die Bewegung hat bewiesen, dass ein Mangel an Nahrungsmitteln vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Warenhäusern liegenbleiben, weil der Markt sich weigert, sie zu kaufen und zu verteilen. Zudem manifestierte sich durch die Bewegung auf der praktischen Ebene eine zweckmäßige kollektive Antwort auf die Frage der Verteilung von Nahrungsmitteln. Die Bewegung repräsentiert so auch einen Vorschlag zur wirtschaftlichen Umstrukturierung in Richtung partizipativer und sozialisierter wirtschaftliche Strukturen. Die Bewegung brachte Netzwerke zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen hervor und ermöglichte die gleichmäßigere direkte Verteilung von Waren durch soziale Lebensmittelgeschäfte und durch selbstverwaltete kollektive städtische Agrarbetriebe. Der Recherche von GSEVEE zufolge gaben 22% der Haushalte an, dass sie sich durch Netzwerke ohne Zwischenhandel mit den grundlegenden Waren versorgten. 6% gaben an, dass sie sich über die sozialen Lebensmittelgeschäfte versorgten⁴⁹. Als ein kleines Beispiel für ihre Popularität und die kollektiven Bemühungen, diese alternative Form der Distribution ohne Zwischenhandel zu ermöglichen, möchten wir die Widerstands- und Solidaritätsbewegung von Galatsi (Athen) vorstellen, deren Anfänge auf den Oktober 2012 zurückgehen. In der ersten von bisher 4 Aktionen wurden damals Waren im Wert von 30.000 Euro an 650 Haushalte verteilt. Heute werden bereits Waren im Wert von 50.000 Euro an 1.250 Haushalte verteilt. Es ist somit ersichtlich, dass es einen erheblichen Anstieg der Zahl der an diesem System beteiligten Menschen gibt. Die Bemühungen gingen ursprünglich von lediglich 15 Personen aus. Die erste Verteilungsaktion wurde noch von 50 Freiwilligen aus der Bevölkerung unterstützt, denen die Aktion auch zu Gute kam. Mittlerweile verfügt das Kollektiv bereits über mehr als 140 Mitglieder.



„Solidarität
verwandelt
Bedürftigkeit in
Macht“. Forum der
ImmigrantInnen
in Kreta

FREIES TAUSCHEN- SOZIALE ÖKONOMIE

Neben diesen alternativen sozio-ökonomischen Projekten gibt es noch eine Reihe anderer, teils schon vor der Krise initiierte Projekte, die sich in der jüngsten Zeit weiter entfaltet haben. Zu diesen Projekten gehören die Umsonst-Tausch-Märkte, die meist auf öffentlichen Plätzen stattfinden und nur wenige dauerhafte Strukturen haben. Andere Beispiele für Methoden des direkten und geldlosen Austauschs von Dienstleistungen sind Initiativen für lokale Alternativwährungen und Zeitbanken. Schon vor der Krise gab es



49. ΙΜΕ ΓΣΕΒΕΕ, Studie "Εισόδημα - Δαπάνες Νοικοκυριών", 7. Februar 2013, http://www.gsevee.gr/index.php?option=com_content&view=article&id=249:2013-02-07-09-33-09&catid=56:meletes&Itemid=280



Solidarische Sylvester-Feier vor den Toren der Fabrik Hellenic Halybourgia zur Unterstützung des monatelangen Streiks der StahlarbeiterInnen

Plakat der rückeroberten und unter ArbeiterInnenkontrolle produzierenden „Industrial Met. Co“ (2012)



2-3 Zeitbanken, die als geschlossene Strukturen in größeren Gruppen existierten. Seit den Memoranden gibt es davon ungefähr 12, die verschiedene Organisationsmodelle anwenden. Der größte Unterschied zu den früheren Projekten besteht darin, dass die Kollektive, die sie initiiert haben, sie als Werkzeuge zur Organisation, zum Widerstand gegen die Krise und zur Verteidigung des öffentlichen Raums konzipiert und sie in die Entwicklung der Solidaritätsstrukturen in den Nachbarschaften integriert haben.

Parallel dazu gibt es eine Reihe **Kooperativen**, von Kaffeehäusern und Tavernen über Kurierdienste, Computerwerkstätten und Buchläden bis hin zu landwirtschaftlichen Produktionskollektiven arbeitsloser Frauen. Diese

realen Beispiele haben massiv zur Verbreitung der Idee und Praxis vergesellschafteter und selbstverwalteter Arten der Arbeit und solidarischer Ökonomie beigetragen. Bis zum November 2012 haben sich 93 genossenschaftliche Unternehmen beim Arbeitsministerium angemeldet, die Hälfte davon in Athen. In den letzten 2 Jahren hat es eine Entwicklung sozialer Betriebe gegeben, die jetzt nicht mehr wie bisher als simple Kooperativen, sondern als Arbeitskollektive fungieren, die eine klare Antwort auf die Arbeitslosigkeit bieten.

Ein wichtiger Unterschied besteht darin, dass die Kollektive zwar unter Umständen juristisch-formell als kleine Unternehmen geführt werden, wie es die institutionellen Rahmenbedingungen verlangen. Sie unterscheiden sich davon jedoch essentiell in zwei Punkten: Erstens werden sie von einer Generalversammlung verwaltet und organisiert, zweitens drückt dieses Modell die Forderung nach einer solidarischen Ökonomie aus, die durch die Errichtung von Gegenstrukturen die herrschende Art, Produktion und Handel zu organisieren, herausfordert und dabei auch die lokale Wirtschaft stärkt.

Schließlich hat am 12. Februar die Eröffnung des ersten selbstverwalteten Betriebes unter ArbeiterInnenkontrolle stattgefunden: VIO.ME (BIO.ME.), ein ehemaliges Tochterunternehmen der Philkeram-Johnson, produziert Baustoffe in Thessaloniki.

KOSTENLOSER NACHHILFEUNTERRICHT

Gewerkschaftlich organisierte, arbeitslose LehrerInnen haben zusammen mit Elternvereinen und freiwilligen StudentInnen begonnen, solidarischen, kostenlosen Nachhilfeunterricht zu organisieren, um Kinder aus bedürftigen Familien, die sich sonst den teuren Nachhilfeunterricht nicht leisten könnten, zu unterstützen. Viele dieser kostenlosen Lehrinstitute werden durch eine gemeinsame Versammlung von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen organisiert. Sie betonen dabei,



Solidarischer Nachhilfeunterricht in der Stadt Nafpaktos



dass es ihnen nicht darum geht, das kränkelnde öffentliche Schulsystem zu ersetzen, sondern darum, die Ungleichheiten zu bekämpfen, die von einem Bildungssystem produziert werden, das unter dem Druck der Austeritätspolitik schrumpft und zerfällt und dabei Klassenunterschiede verschärft und die Chancen von Kindern aus den Unter- klassen auf ein Minimum reduziert. Die Solidaritätsschule von Nikaia, einer der ärmsten ArbeiterInnengegenden von Piräus, wurde im März 2012 mit dieser Perspektive ge- gründet. Es gab eine Initiative einer LehrerInnengruppe, die Kontakt mit dem örtlichen Elternverein aufnahm, der die Initiative begrüßte. Im ersten Schuljahr meldeten sich 50 Kinder an. Im September begann der Unterricht mit 25 LehrerInnen, 100 Kindern (eine Zahl, die sich mittlerweile auf 120 erhöht hat, nun gibt es auch eine Warteliste) und 25 Freiwilligen für administrative Aufgaben, die nach dem Rotationsprinzip von den Eltern der teilnehmenden Kinder übernommen werden.

ALTERNATIVE KULTURPROJEKTE

Die Entwicklung dutzender alternativer sozialer Räu- me durch unabhängige BürgerInneninitiativen, soziale Bewegungen, linke und radikale Gruppen, die vor mehr als einem Jahrzehnt begonnen hat, hat zur Entstehung eines informellen Netzwerks geführt, das als Brutstätte für viele der obengenannten Ideen und Aktivitäten fun- giert. Solche Räume vertreten eine neue politische Kultur der Selbstorganisation. Sie bieten Platz für politische und kulturelle Aktivitäten, vernetzen verschiedene Gruppen, Initiativen, Nachbarschaftskomitees usw., die sie als Treff- punkte für ihre kollektive Organisation und Verankerung der Nachbarschaft verwenden. Eines der interessantesten Projekte ist das Soziale Musikkonservatorium, ein Versuch von MusiklehrerInnen, der im Februar 2012 durch einen Aufruf auf Twitter initiiert wurde, um kostenlos Musik zu unterrichten. Letztes Jahr hatte das Konservatorium an drei verschiedenen Standorten 80 SchülerInnen, während es dieses Jahr schon an 5 Standorten 120 SchülerInnen hat, die unter 1000 BewerberInnen ausgewählt werden mussten, weil es nicht genug Platz und LehrerInnen gibt. Im Sozialen Konservatorium gibt es mehr als 50 Musikleh- rerInnen und ungefähr 30 Freiwillige für administrative Aufgaben. LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern nehmen an den Generalversammlungen teil. Es wurden drei Bands verschiedener Genres gegründet, die auf Soliveranstaltun- gen andere Solidaritätsinitiativen unterstützen.

RECHTSHILFE

Während die wirtschaftliche Krise Löhne und Eigentum der Arbei- terInnen und der unteren Mittelschicht ausplündert, werden sie syste- matisch ihrer Rechte entledigt. Als Folge können sie sich nicht gegen diese ständigen Attacken wahren.

Gruppen von **freiwilligen AnwältInnen** wurden gegründet, um NormalbürgerInnen Zugang zu freier Rechtshilfe zu ermöglichen. Sie bieten Hilfe an in Fällen von Lohnzahlungsrückständen, sowie beim Bruch von Arbeitsrechten und -Verträgen, für Menschen mit Zahlungs- schwierigkeiten von Krediten und Hypotheken, sowie für jene, die von



Soziales
Musikkonservatorium



Plakat für eine
Finanzierungsaktivität
für das
„Solidaritätsnetzwerks
der sechsten Sektion
Athener MigrantInnen“

Zwangsräumungen konfrontiert sind.

In einem Monat bewegten sich den Erfahrungen des Rechtshilfe-teams – „Solidarität für Alle“ zufolge, sich die am häufigsten gestellten Fragen rund um: Arbeitsrechte, Rentenzahlungen, Migration und Asylrecht, Polizeiwillkür und staatliche Repression, Zahlungsrückstände der Einkommenssteuer sowie gegenüber den Energieversorgern (aufgrund der enormen Immobiliensteuer). Bei 35% ging es um sehr hoch verschuldete Haushalte, bei 25% um das Pensionsantragsverfahren.

UNTERSTÜTZUNG VON IMMIGRANTINNEN

Die Erfahrung aus dem Organisieren von **Unterstützungsstrukturen für nach Griechenland Eingewanderte**, um Rechtshilfe, Gesundheits-Grundversorgung, Griechischunterricht etc. anbieten zu können schuf die Voraussetzung für Solidaritätsleistungen für bedürftige GriechInnen. Einige der Strukturen, die für die Unterstützung der ImmigrantInnen geschaffen worden waren, helfen nun einer großen Zahl von griechischen BürgerInnen. Diese Strukturen der Solidaritätsbewegung stehen allen Menschen, die sie brauchen, offen, unabhängig von Hautfarbe, Religion, Herkunft oder sexuellen Orientierung. Die Freiwilligkeit und das Prinzip der Gleichwertigkeit im Angebot von Solidarität fördert das Entstehen von gemeinsamen Punkten von Begegnung und Austausch Aller von der Krise Betroffenen und wendet sich so gegen die Politik der Fragmentierung der Armen, die zu sozialer Barbarei führt. Die Unterstützung der ImmigrantInnen setzt sich als Teil einer größeren sozialen Bewegung fort, verstärkt den Kampf gegen Rassismus und stellt sich so gegen die Entwicklung des Faschismus.

Für uns, diese breite und vielseitige Solidaritätsbewegung, geht es nicht nur um Linderung von Not, sondern um den Weg, eine andere Welt aufzubauen, jenseits der Regeln von Markt und Profit. Auf die Zerstörung (sogar noch der letzten Reste) des Wohlfahrtsstaats und des sozialen Zusammenhalts antworten wir mit der Entwicklung neuer solidarischer Strukturen und neuartiger sozialer Verbindungen, neuer Nachbarschaften, einer neuen Öffentlichkeit, den Grundlage einer generellen sozialen Veränderung.

Für uns bedeutet Solidarität eine politische Auseinandersetzung, Verbindung durch Beteiligung anstelle des philanthropischen Gebens der Besitzenden an die Bedürftigen, die Eigeninitiative und Organisation all derer in Not, um auf eigenen Füßen stehend all das fordern zu können, was ihnen zusteht.

Für uns sind Solidarität, Selbstorganisation und der Kampf für einen politischen und sozialen Sturz der Regime und des Systems, die solche schlimme soziale Bedingungen fördern und zulassen drei wechselseitige und einander ergänzende Säulen unseres Widerstands und die Grundlagen, um eine Welt jenseits des Kapitalismus zu bauen.



Offene Schule für
MigrantInnen in
Piräus

SOLIDARITÄT FÜR ALLE

In diesem Rahmen wurde „Solidarität für Alle“ als Initiative entwickelt, um:

- die Kommunikation zwischen allen Netzwerken und Strukturen praktischer Solidarität zu **fördern** und ihr Wissen auszutauschen. Als offenes Kollektiv spricht es Alle an, die vom Dreiklang Solidarität – Widerstand – Selbstorganisation inspiriert sind. Sie möchte die ganze Vielzahl von Projekten weder zu repräsentieren noch zu koordinieren, sondern sie versucht ein Knotenpunkt auf nationaler Ebene zu sein, der einen gemeinsamen öffentlichen Raum für Begegnung und Kommunikation der Netzwerke und Strukturen praktischer Solidarität schafft.

- Diese umfassende Welt der Solidarität mit Hilfe unserer Homepage www.solidarity-4all.gr allen und jedem Menschen bekannt und zugänglich zu machen, überall im Land mittels der Informationen betreffend Region und Art des Engagements.

- Allen bestehenden Projekten in jeder möglichen Art zu **helfen** (Ausrüstung, technische Anlage, materielle Unterstützung, Menschen und gegenseitige Hilfe) sowie beim Austausch von Erfahrungen und Wissen, um neue Projekte auch in anderen geographischen Regionen oder Themenbereichen anzukurbeln.

- Das politische Konzept, unser Leben in unsere Hände zu nehmen, zu **verbreiten**, an Alle die durch die Krise und die Auswirkungen der Aggressivität der Memoranden getroffen werden. Wir können und wollen den kollabierenden „Sozialstaat“ nicht ersetzen, sondern wir kämpfen im Gegenteil für das Überleben einer Bevölkerung, und wir verlangen unser Recht auf Zugang zu allen Dienstleistungen. Für ein würdiges Leben vereinigen wir Beschäftigte und Arbeitslose, GriechInnen und ImmigrantInnen, ÄrztInnen und PatientInnen, LehrerInnen und Studierende und zeigen durch diese Solidarität, dass eine bessere und humanere Welt möglich ist.

- In enger Kooperation mit den lokalen Solidaritätsstrukturen **landesweite Solidaritätskampagnen** zu organisieren. Ein Beispiel ist die laufende Aktion „eine Flasche Olivenöl für jeden Arbeitslosen“, die ÖlproduzentInnen auffordert, in ihren Olivenmühlen Öl in Fässern zur Verfügung zu stellen, das wir selbst weiterverarbeiten und das durch lokale Solidaritätsnetzwerke an Haushalte in den städtischen Gebieten verteilt wird, die von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind.

- Die internationale Kampagne für Solidarität mit der griechischen Bevölkerung zu fördern, politisch und finanziell, durch Mobilisierung, internationale Aktionstage, materielle Unterstützung, auch durch Nahrungsmittel und Medizin sowie dem Aufbau horizontaler Verbindungen zwischen internationalen und griechischen Netzwerken und Strukturen.

„Solidarität für Alle“ möchte einen weiteren Punkt setzen im Kampf für ein Leben ohne Spardiktate, Armut, Ausbeutung, Faschismus und Rassismus und strebt danach, die Bedingungen für einen radikalen Politikwechsel und soziale Transformation zu schaffen.



Plakat der Initiative Solidarity4All: „Eine Flasche Olivenöl für jeden Arbeitslosen“

INTERNATIONALE SOLIDARITÄTSKAMPAGNE FÜR GRIECHENLAND

Trotz der Massenmobilisierung in einer Gesellschaft, die darum kämpft, die Verallgemeinerung und Stabilisierung der humanitären Krise abzuwenden, erfordert die Härte der sozialen Zerstörung, die in unserem Land stattfindet, die Entwicklung einer internationalen Solidaritätskampagne. Es wäre falsch, wenn eine derartige Aktion nur auf die Deckung materieller Bedürfnisse beschränkt bliebe, ohne die Notwendigkeit für eine gemeinsame politische Anstrengung einzubeziehen. Wenn Griechenland das Versuchskaninchen für die zukünftige Politik der EU beim Auftreten der Krise – auch im Norden und Westen – sein soll, ist der Wert gegenseitiger Unterstützung hoch und das Teilen unserer Erfahrung mit dem Widerstand der Bevölkerung dringend. Auch haben wir die Pflicht, uns durchzusetzen und eine gemeinsame Front zur Abwehr und Umkehr der neoliberalen Politik aufzubauen. Der Aufruf zu einer internationalen Solidaritätsaktion für Griechenland stellt sich diese doppelte Aufgabe.

INITIATIVEN POLITISCHER SOLIDARITÄT

Die von den Menschen selbst ausgehende, rasche Entwicklung sozialer Solidaritätsstrukturen, die das Ergebnis der Kämpfe der vergangenen drei Jahre gegen die Troika und gegen den ökonomischen, sozialen und politischen Bankrott dieses korrupten Systems sind, eröffnet die Perspektive einer anderen Zukunft. Das verängstigt die politischen Kräfte, die auf Seiten der Troika und der Kürzungspolitik stehen.

Die fortschreitenden Versuche der Herrschenden, einen politischen und sozialen Ausnahmezustand zu erzwingen, zielen darauf ab, die Bereitschaft der griechischen Gesellschaft, den Widerstand zu organisieren, zu brechen und die Infrastruktur dieser Massenbewegung zu unterdrücken. Während der letzten Monate gab es eine Reihe Schikanen und Angriffe gegen Solidaritätsstrukturen und Freiräume, die von Institutionen und halbstaatlichen Akteuren unter dem Vorwand der Steuerfahndung verbüßt wurden. Dazu kommen Polizeirazzien und faschistische Angriffe. Zu den angegriffenen Strukturen gehören der selbstverwaltete Markt von Kypseli und das von SchauspielerInnen wiederangeeignete Theater Empros („Vorwärts“) in Athen, das Alternativwährungsprojekt TEM in Volos, das soziale Zentrum Istos in Haidari sowie besetzte Häuser in Athen, Thessaloniki und Xanthi. Darüber hinaus wurde versucht, die weit verbreitete Praxis, Waren ohne ZwischenhändlerInnen zu verteilen, zu kriminalisieren.

Das jüngste Beispiel ist der Angriff von 70 Neonazis der „Goldenen Morgenröte“ auf die Organisation „Doctors of the World“ in Perama, der ärmsten Gegend im Großraum Athen, weil diese in einer der ärmsten Gegenden des Landes eine herkunftsunabhängige Solidarität anbieten.

Parallel dazu gibt es eine Reihe von Streiks und Mobilisierungen verschiedener Branchen und der Landwirte, die sich der Implementierung des dritten Memorandums verweigern, und die von den Gerichten auf verfassungswidrige Weise für illegal erklärt werden. Die Verachtung der Demokratie durch die „parlamentarische“ Junta der Memoranden versucht eine Terroratmosphäre herzustellen und eine „Strategie der Spannung“ anzuwenden, um die gewaltsame Intervention der Repressionsorgane und die Staatsführung durch Präsidialdekrete zu rechtfertigen. Gleichzeitig finanzieren die selben nationalen und internationalen Organisationen, die Griechenland in die Armut gestürzt und an den Rand einer humanitären Krise gebracht haben, die Entwicklung einer Industrie zur Ausbeutung des Elends und der Armut. Mit Geldern, die durch hohe Besteuerung der griechischen Bevölkerung selbst abgepresst wurden, werden neue Nester der Korruption und der Klientelwirtschaft hochgezüchtet, die sich als offizielle, staatliche Solidaritätsstrukturen ausgeben, nur Krümelchen verteilen und die vollstän-

dige Verwandlung Griechenlands in ein „richtiges“ Land der dritten Welt, in eine zerrissene Gesellschaft, begleiten.

Die dringende Notwendigkeit, auf diese neue und schwierigere Runde im sozialen Konflikt zu reagieren, stellt die politische Dimension unseres Kampfes in den Vordergrund. Die Notwendigkeit, den Widerstand inklusiv zu gestalten um Spaltungstaktiken abzuwehren, stellt nun einen integralen Aspekt der Solidaritätsbewegung dar. Aus diesem Grund möchten wir die außerordentliche Nützlichkeit von regelmäßigen internationalen Veröffentlichungen unterstreichen. Die wirklichen Gründe und gesellschaftlichen Konsequenzen der Wirtschaftskrise in Griechenland sowie die vielfältigen Kämpfe der griechischen Bevölkerung um Befreiung von der katastrophalen Sparpolitik der Memoranden müssen national wie international kommuniziert und erklärt werden.

Wir glauben, dass der vielfältige und überzeugte Widerstand der griechischen Bevölkerung bisher nicht ausreichend bekannt geworden ist. Während die herrschende Politik die griechische Bevölkerung in ein Versuchskaninchen verwandelt hat, führt diese Bevölkerung selbstbestimmt ein vielfältiges und anstrengendes Experiment durch, um Auswege zu finden. Mit der Parole „Sie wollen Griechenland zu einem Beispiel für die Zukunft der Austerität machen – machen wir Griechenland zu einem Beispiel für eine Zukunft ohne sie!“ kann die Solidarität mit dem Kampf für die Durchkreuzung der Pläne und gegen die gegen die Mehrheit der Menschen gerichtete Politik der herrschenden Klassen in Europa und der Welt verbunden werden, um eine andere Zukunft zu eröffnen.

Nicht nur die stärkere Verbreitung von Informationen und Pressemitteilungen sind dringend notwendig. Auch eine Reihe anderer Aktionen sind unerlässlich:

- Konzerte, Filmvorführungen und kulturelle Veranstaltungen jeder Art.
- Solidaritätserklärungen für Streiks oder bei Repressionsversuchen in Griechenland sowie Proteste vor griechischen Botschaften und internationalen Organisationen.
- Internationale Solidaritäts- und Mobilisierungstage für Griechenland
- Schaffung eines Netzwerks der Solidaritätsinitiativen. Dies kann bereits beim Alter Summit entscheidend vorangetrieben werden. Dieser findet am 7.-9. Juni 2013 in Athen statt.

„Solidarität für Alle“ bietet euch Unterstützung jeder Art für Aktionen an, die ihr organisieren möchtet.

DIREKTE SOLIDARITÄTSAKTIONEN- MATERIELLE UNTERSTÜTZUNG

Einige praktische Wege, sich an der internationalen Solidaritätskampagne für Griechenland zu beteiligen, die von „Solidarity for All“ initiiert wurde, sind folgende:

1. In der momentanen Phase halten wir es für am sinnvollsten, **Geld für konkrete Projekte und Solidaritätsstrukturen zu sammeln**, die in sehr heruntergekommenen Gegenden des Landes aktiv sind. „Solidarität für Alle“ steht in direktem und konstantem Kontakt mit Solidaritäts-Basisgruppen im ganzen Land und unterstützt sie auf Anfrage materiell. Es ist leicht zu verstehen, dass unsere ökonomischen Mittel nicht ausreichen, um den sich ständig erhöhenden Bedarf zu decken. Es ist uns sehr wichtig, eine faire geographische und thematische Verteilung der Gelder sicherzustellen. Falls ihr der internationalen Solidaritätskampagne helfen wollt, schlagen wir vor, dass ihr euch mit uns in Verbindung setzt, damit wir zusammen entscheiden können, wem genau euer Geld letztendlich zugute kommen soll. Ihr könnt auf folgendes Konto spenden:

IBAN: GR59011004000000040434352 / BIC: ETHNGR AA

2. Was das Essen betrifft, stoßen Solidaritätsstrukturen auf immer größere Probleme, das Nötige zu bekommen, weil es einen starken Anstieg an Bedürftigen gibt. Strukturen, die Essen verteilen, bekommen ihr Essen hauptsächlich durch öffentliche Interventionen in Supermärkten, bei denen die Leute aufgefordert werden, kleine Men-

gen an Lebensmitteln zu spenden, die anschließend an bedürftige Haushalte in der Gegend verteilt werden. Wir haben auch einen **landesweiten Aufruf zur Unterstützung der Essensverteilungsstrukturen** veröffentlicht, bei dem es um Sammlungen und Verteilung direkt in den einzelnen Strukturen geht. Deshalb könnten Aktivitäten um Geld zu sammeln für die Kosten von Lebensmittelpaketen in Griechenland eine sehr wichtige Hilfe für unsere kämpfende Bevölkerung sein.

3. Es gibt eine nationale aber auch internationale Kampagnen , um die Versorgung der Sozialkliniken mit Impf- und Arzneistoffen sicherzustellen. Sie haben die Erfahrung gemacht, dass es ein großes Problem mit Impfungen für Kinder gibt, da sich viele Eltern, nachdem sie ihre Krankenversicherung verloren haben, diese nicht mehr leisten können. Es gibt darüber hinaus tausende von RenterInnen und PatientInnen mit ernsthaften und chronischen Krankheiten, die mit dem ständigen Anstieg der medizinischen Kosten und der fehlenden Unterstützung durch den öffentlichen Gesundheitssektor völlig überfordert sind. Man kann sich an dieser Kampagne beteiligen, indem man Spenden für den Kauf solcher Arzneistoffe leistet. Wir können euch eine Liste der **nötigen Impf- und Arzneistoffe** anbieten, die von den Sozialkliniken und –Apotheken in Absprache mit KrankenhausärztInnen zusammengestellt wurde.

4. Ein zweites Hauptthema unserer internationalen Kampagne ist das Sammeln von Kindernahrung und Milch für Säuglinge. Nach den Angaben von LehrerInnen und ÄrztInnen der Sozialkliniken hat die ökonomische Situation zum Auftreten von Unterernährungssymptomen bei Säuglingen und Schulkindern geführt. Was wir in diesem Bereich einsammeln, wird durch die örtlichen Solidaritätsstrukturen und Sozialkliniken an die Haushalte verteilt werden. Die genannten Strukturen konzentrieren sich schon jetzt auf den Kampf um die Überwindung des Mangels an Kindernahrung. In dieser Kampagne könnt ihr auch helfen, indem ihr eine eigene Kampagne auf die Beine stellt. Wir bitten allerdings darum, dabei nicht die Dienste ethisch bedenklicher Unternehmen in Anspruch zu nehmen.

Da die Situation, die wir in den letzten paar Jahren in Griechenland erleben, wirklich noch nie dagewesen ist, schreiten wir Schritt für Schritt fragend voran. Und wir glauben, dass das der beste Weg ist, um innerhalb und außerhalb Griechenlands gemeinsam voranzuschreiten. Wir müssen das Beste aus jeder Gelegenheit machen, unsere Verbindungen zu stärken. Es kann sein, dass wir von Zeit zu Zeit ineffizient oder „klein“ erscheinen. Aber wir können euch versichern, dass nur eine Bevölkerung mit viel Würde und Kraft einen solchen Kampf leisten kann. Und wir kämpfen mit allen nötigen Mitteln, leidenschaftlich und lächelnd, und stützen uns dabei auf eine lange, kämpferische Tradition. Die Bedürfnisse sind riesig, die Teilnahmemöglichkeiten auch. Wir laden euch ein, uns zu kontaktieren und zu versuchen, zusammen einen Weg in unsere gemeinsame Zukunft aufzubauen.

März 2013

www.solidarity4all.gr

74, Akadimias str., 106 78 Athens

E-Mail: international@solidarity4all.gr

Tel.: ++210-3801.921, ++210-3801.925, SOS tel.: 210-38.01.943

Bank Account: IBAN GR5901100400000004048343562 BIC ETHNGR AA